

LESERBRIEFE

„Zutiefst undemokratisch“



So eng sollten die politischen Sitzungen nicht mehr sein. Darauf konnten sich alle einigen. Doch über die Alternative gibt es Streit. (Ralf Krieger)

Zum Bericht „Stillstand in der Politik“ vom 15. Mai und zum Kommentar „Richtiges Ziel, falscher Weg“ Zu dem Ausspruch der SPD-Fraktionschefin Milanie Kreutz, Herr Rees würde mit seinem Verhalten die demokratische Ordnung zerstören sowie Politik, Verwaltung und Gerichte in ihrer Arbeit behindern, bleibt nur zu hoffen, dass dieses Zitat „aus dem Zusammenhang gerissen“ ist. Ansonsten müsste man befürchten, Frau Kreutz hätte ein Grundprinzip der Demokratie, und zwar das der Gewaltenteilung, nicht richtig verstanden.

Demokratie ist nämlich nicht nur dafür gut, sich auf einen Ratsessel wählen zu lassen. Demokratie bedeutet auch Kontrolle von Legislative und Exekutive (hier: Rat und Verwaltung) durch die Gerichte. Genau dazu ist ein Verwaltungsgericht da und wird folglich auch nicht, wie Frau Kreutz meint, in seiner Arbeit behindert, wenn es sich mit Anträgen wie dem von Herrn Rees befasst.

Dies hat das Verwaltungsgericht offensichtlich auch mit ausgesprochenem Engagement getan, wie die ausführliche Beschlussbegründung zeigt. Auch wenn Herr Rees aus Sicht mancher ein lästiger Vertreter im Stadtrat sein mag, er ist genau wie Frau Kreutz demokratisch gewählter Volksvertreter und damit seinen Wählern gegenüber verpflichtet, der Stimme der Klimaliste im politischen Prozess Gehör zu verschaffen. Deshalb hatte er selbstverständlich jedes Recht darauf, den

fragwürdigen Ratsbeschluss und dessen fehlerhafte Umsetzung durch die Stadtverwaltung gerichtlich überprüfen zu lassen.

Es steht doch zu hoffen und zu erwarten, dass sich die Pandemielage nun zügig entspannen wird. Da müsste es doch möglich sein, sich für ein paar Sitzungen ins Forum oder die Rundsporthalle zu vertagen, damit auch weiterhin alle politischen Stimmen in unserer Stadt zu Wort kommen können.

MICHAEL FICKUS, LEVERKUSEN

Sehr geehrter Herr Käding, vielen Dank für Ihre objektive und faire Berichterstattung in Ihrem Artikel und Ihrem Kommentar.

Das Verwaltungsgericht stoppt das Husarenstück einer putativ elitären Gruppe im Rat der Stadt Leverkusen. So geht es nicht! Man kann nicht einen Teil des demokratisch gewählten Stadt-Parlaments so einfach entmündigen, auch nicht vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie.

Zunächst findet man im Rat keine Mehrheit und wird abgeschmettert, dann muss eine Absichtserklärung herhalten, um den Willen durchzusetzen. Demokraten aus Leidenschaft reagieren anders. Die Mitglieder des Rates haben sich in dieser Zeit, aufgrund der bestehenden Corona-Problematik, entsprechend zu verhalten: Redezeit auf ein erträgliches Maß zu reduzieren, Verbalangriffe zu unterlassen und sich selbst ernst nehmen, auch vor dem Hintergrund der Vorwahlzeit. Viele Anträge und Anfragen können auf dem kleinen Dienstweg oder in den Ausschüssen bereits erfolgreich erledigt werden, statt sie profilierungssüchtig langatmig im Rat vorzutragen. Politik und Verwaltung müssen zum Wohle unserer Stadt und ihren Bürgern zusammenarbeiten.

Zu tun ist beileibe genug. Hier einige Brennpunkte: Kommunaler Ordnungsdienst, Vermüllung unserer Stadt, extreme Inzidenz, Personalpolitik / Postengeschacher, City C, WFL, Schloss Morsbroich und so weiter.

Mein Verständnis für gelebte Demokratie in der Politik ist mir, auch nach jahrzehntelanger politischen Arbeit im Rat und anderen Gremien der Stadt Leverkusen, nicht verloren gegangen: Respekt auch gegenüber anderen demokratisch gewählten Politikern – mit Überzeugung und nicht Ausgrenzung.

Die dringend nötigen Entscheidungen für unsere Stadt Leverkusen, nur einer kleinen Gruppe von Ratsmitgliedern zu überlassen, ist zutiefst undemokratisch.

CHRISTINE RICHERZHAGEN, EHEMALIGE RATSFRAU LEVERKUSEN

Das Bestreben der großen Fraktionen, Entscheidungsbefugnisse des Stadtrates auf den Hauptausschuss zu übertragen, hätte zur Folge gehabt, dass fast zwei Drittel der Ratsmitglieder ausgeschlossen wären, von Entscheidungsprozessen, für die sie eigentlich zuständig sind. 33 von 53 Ratsmitgliedern hätten ihre Rechte nicht wahrnehmen können. Rechte, die nicht übertragbar sind, die nur sie ausüben können.

Der Stadtrat besteht aus 53 Mitgliedern, der Hauptausschuss hat nur 20 Mitglieder. Auch in schwierigen Zeiten hat der Rat dafür zu sorgen, dass der Wählerwille uneingeschränkt umgesetzt wird. Stadtrat und Stadtverwaltung haben sicherzustellen, dass kein Ratsmitglied an der Ausübung des Mandates gehindert wird.

Vorhandene räumliche Alternativen sind Beschränkungen der Mandatsarbeit vorzuziehen. Die Ratsmitglieder haben einen Eid abgelegt. Um diesem gerecht zu werden, müssen sie sich in gefasste Beschlüsse einbringen können. Weder dürfen sie sich von der Ausübung ihres Mandats freistellen lassen, noch dürfen sie unfreiwillig daran gehindert werden. Ein halber Rat wird dem Wählerwillen nicht gerecht.

Ein Blick auf die Gemeindeordnung von Nordrhein-Westfalen (§ 49, Abs. 1 GO) zeigt, dass der Rat nur dann beschlussfähig ist, wenn mehr als die Hälfte der gesetzlichen Mitgliederzahl anwesend ist.

KARL-HEINZ BALDUAN, LEVERKUSEN

Beim Lesen des Artikels stieg in mir die Wut hoch. Zum Glück gab es dann aber noch einen Kommentar dazu, bei dessen Lektüre mein Blutdruck wieder deutlich sank. Die Stadträte haben Mist gebaut und dafür vom Gericht eine „Ohrfeige“ bekommen, wie sich der Kommentator ausdrückt. Einen Fehler kann jeder machen, man kann ihn einsehen und korrigieren. So weit, so gut!

Aber wild um sich zu schlagen und denjenigen, der den Fehler per Gerichtsbeschluss aufgedeckt hat, als Zerstörer der Demokratie zu beschimpfen, zeugt von einem infantilen populistischen Politikstil. Wer gegen Mandatsträger vor Gericht geht, nimmt nur sein Recht wahr. Wer dies als undemokratisch denunziert, hat wohl noch nie etwas von Gewaltenteilung gehört, die für unseren Staat fundamental ist, oder empfindet sie als lästig.

Bei der Beurteilung der juristischen Auseinandersetzung darf es auch keine Rolle spielen, ob jemand vielleicht als Nervensäge empfunden wird. Der Bericht über das mangelhafte Demokratieverständnis mancher Politiker demokratischer Parteien hat mich erschreckt. Der beherzte Kommentar dazu hat dagegen gut getan. Großes Lob dafür!

GERWALD ATHENSTÄDT, LEVERKUSEN